

# Impfstoff-Überschuss im Mai?

Der Rahdener Mediziner Wolfgang Adam fordert, dass auch Hausärzte schnellstmöglich gegen Corona impfen dürfen. Das unterstützt der heimische SPD-Bundestagpolitiker Achim Post. Auch Post hat Forderungen.

Joern Spreen-Ledeber

■ **Rahden.** Schleppend waren sie angelaufen, die Impfungen gegen das Coronavirus. „Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht“, das gilt für das Anmeldeverfahren für die Impfung. Und der Weg zum Impfzentrum ist mitunter auch weit. Der Rahdener Kinderarzt Wolfgang Adam hat deshalb eine klare Forderung. Hausärzte sollen möglichst schnell bei den Impfungen gegen das Virus einbezogen werden.

Das machte Wolfgang Adam gegenüber der *Neuen Westfälischen* deutlich und seine Forderung unterstützt auch Achim Post, aus Rahden stammender SPD-Bundestags-Abgeordneter. Hausärzte impfen zu lassen. Das sei zielstrebig, sagte Post im Gespräch mit der *Neuen Westfälischen*. „Ich habe hohes Vertrauen in Wolfgang Adam.“ Die Hausärzte sollten so schnell wie möglich einbezogen werden, unterstützt Post die Forderung des Rahdener Mediziners.

## Auf was sich die Länder nun schnell vorbereiten müssen

Wegen des Handlings des Impfstoffes von Biontech/Pfizer sei es vielleicht etwas schwieriger, aber bei anderen Impfstoffen scheine das ja möglich zu sein. Die rasche Impfung durch Hausärzte würde aus Sicht Achim Posts lange Wege und komplizierte Anmeldungen ersparen. Medizinisch müsse das natürlich verantwortbar sein, aber wenn die Voraussetzungen vorlägen, dann sollten auch Hausärzte impfen.

Zudem mahnt Post, der auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion ist, zur Ausweitung der Impf-Kapazitäten. „Jetzt haben wir zu wenig Impfstoffe, weil die EU zu wenig und zu spät bestellt hat.“ Wenn aber alles ins Rollen komme, dann wisse die Zahl, die er vom Robert Koch-Institut bekommen habe, daraufhin, dass es im Mai zu viel Impfstoff geben könne. „Das ist außerordentlich zu begrüßen. Aber darauf sollte man sich vorbereiten.“

Das Impfen sei Ländersache, merkte Achim Post an. Die Länder, auch Nordrhein-Westfalen, müssten sich überlegen, wie sie den zusätzlichen Impfstoff unter das Volk brächten. Post: „Die Impfkapazitäten müssen deutlich erhöht werden.“

Mit Stichtag 9. Februar haben Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz nach Angaben des SPD-Politikers 80 Prozent oder mehr ihrer Impfstoffbestände verimpft. Berlin liege knapp unter 80 Prozent. NRW sei an dem Datum nur auf 63 Prozent gekommen. „Es geht hier nicht um politische Farbenlehre, sondern um die Sache“, sagte Post mit Blick auf die von unterschiedlichen Parteien gestellten jeweiligen Landesregierungen. „Drei Länder machen das offensichtlich sehr viel besser als Nordrhein-Westfalen.“ Er wolle wissen, wie sich die Situation verbessern lasse, „damit die Impfwilligen endlich geimpft werden.“

Aus Sicht von Achim Post ist es eine großartige Leistung von Forschern und politischer Ebene, dass es schon mehrere Impfstoffe gibt. Biontech etwa habe zunächst finanzielle Unterstützung durch das Land Rheinland-Pfalz bekommen, dann durch die Europäische Union. „So gut das gelaufen ist, so schlecht lief dann die Impfstoff-Beschaffung.“

Aus Sicht des gebürtigen Rahdeners Achim Post wäre nun sehr wichtig, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die gesamte EU-Kommission „alles tun, damit deutlich mehr Impfstoff beschafft wird.“

Die Reihenfolge der Impfungen ist festgelegt. Nicht wie bei Grundrechts-Aspekten erforderlich durch einen Beschluss des Bundestages, sondern nur durch eine Verordnung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

So wie kritisch über Einschränkungen der Grundrechte allein durch Verordnungen diskutiert wird, so kritisch wird auch über Menschen diskutiert, die sich beim Impfen vor-drängeln, obwohl sie noch nicht an der Reihe wären. Bernd Wiegand (parteilos) als Oberbürgermeister der Stadt



Der Bundestags-Abgeordnete Achim Post (SPD) fordert einen Ausbau der Impfkapazitäten.



Der Impfstoff ist derzeit rar. Achim Post geht davon aus, dass sich das im Frühjahr ändern dürfte.

## Lange Fahrzeiten mit dem Bus

◆ In der Stadt Rahden gibt es nun einen ehrenamtlichen Fahrdienst für Menschen, die sonst keine Möglichkeit haben das Impfzentrum in Unterlübbe zu erreichen. Die Fahrten koordiniert die Rahdener Stadtverwaltung, Anmeldungen sind unter Tel. (0 57 71) 730 möglich. Unter dieser Nummer gibt es auch Hilfe bei den Anmeldungen für die Impftermine.

◆ Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln dauert das länger – vom Rahdener Bahnhof zum Impfzentrum zwischen 65 und 91 Minuten. Die einfache Fahrt kostet laut Westfalen-Tarif 7,30 Euro.

◆ Von der Pr. Ströher

Ortsmitte dauert es 96 Minuten – mit Umstieg an den Bahnhöfen in Rahden und Lübbecke. Die einfache Fahrt kostet 7,30 Euro, der zwischen Pr. Ströhen und Rahden fahrende Taxibus muss spätestens eine Stunde vorher bestellt werden.

◆ Von der Varler Ortsmitte aus braucht man zwischen 89 Minuten und 2 Stunden 29 Minuten nach Unterlübbe.

◆ Von der Haltestelle „Rathaus“ in Dielingen ist man zwischen 84 Minuten und 2 Stunden 34 Minuten unterwegs. Die Reise kostet einfach 7,30 Euro, je nach genutzter Variante muss man bis zu vier Mal umsteigen.

Halle (Saale) gehört zu ihnen, aber unter anderem auch Mitarbeiter und „spontan“ anwesende Angehörige aus dem Espelkamper Steil-Hof.

Er werde sich impfen lassen, machte Achim Post klar. „Aber ich bin als 61-Jähriger erst in der Gruppe 3 dran.“ Er werde niemals so etwas machen wie der Hallesche Oberbürgermeister, sagte Post. Er halte auch „gar nichts“ von Debatten, dass Politiker wegen einer Vorbildfunktion bei den Impfungen vorgezogen werden sollten. Post: „Ich lasse mich impfen, wenn ich dran bin.“ Es müssten zuerst diejenigen Menschen geimpft werden, die einen schwierigen Job hätten – etwa in Krankenhäusern und in der Pflege.

## Welchen Vorschlag es zur Reihenfolge bei Impfen gibt

Nachdenken müsse man hinsichtlich der Reihenfolge bei der Impfung darüber, ob chronisch kranke Menschen vorgezogen werden sollten, gibt Post zu bedenken. Post schlägt vor, dass Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher bei der Impfung vorgezogen werden sollten, damit die Öffnungen von Schulen und Kitas sicherer würden.

Was nun für Krankenhäuser wie die Mühlenkreiskliniken getan werden muss, die planbare Operationen wegen Corona verschoben haben? Viele Krankenhäuser leiden deswegen unter erheblichen finanziellen Problemen. Der Bund habe schon mehr als 10 Milliarden Euro an die Krankenhäuser gezahlt und ein zusätzliches Förderprogramm aufgelegt, um Kliniken bei Investitionen zu unterstützen, sagte Post. Zusätzlich gebe es 3 Milliarden Euro, um die Digitalisierung in Kliniken zu fördern. Von den Bundesländern gebe es 1,5 Milliarden Euro.

„Der Bund hat sich schon stark engagiert“, merkte Post an. In Krisenzeiten müsse man nicht nur über Zuständigkeiten reden. Wenn es erforderlich sei, dann müsse der Bund schnell notwendige weitere Hilfen für die Krankenhäuser zur Verfügung stellen.